

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 474

**Einwohnerratssitzung vom Montag, 24. September 2018, 19.00 Uhr
in der alten Dorfturnhalle**

Anwesend	30/31/32/33 5	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Marc Bürgi (anwesend ab 19.20 Uhr), Eva Keller, Walter Keller, Matthias Nebiker, Christoph Pfirter, Patrick Ritschard, Benedikt Schmidt (anwesend ab 19.55 Uhr), Erich Schwob, Fabian Thomi (anwesend ab 19.45 Uhr), Fredi Wiesner	
	Gemeinderat: Christine Gogel, Emanuel Trueb	
Vorsitz	Hasan Kanber	
Protokoll	Katarina Hammann	
Weibeldienst	Martin Suter	

Geschäftsverzeichnis

1.	Totalrevision Reglement für die familienergänzende Betreuung FEB – 2. Lesung	3105
2.	Beantwortung Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Christoph Zwahlen, betreffend „QP Grüssenhölzli – Stand der Dinge“	3115
3.	Quartierplanung Fachmarkt Grüssenhölzli; Widerruf	2839/3112
4.	Beantwortung Postulat der SVP-Fraktion, Christian Schäublin, betreffend „Überprüfung und Optimierung der ständigen beratenden Kommissionen“; Teilrevision Verwaltungs- und Geschäftsreglement (VOR) – 1. Lesung	3088/3085
5.	Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Christine Weiss, betreffend „Prämieninitiative“	3114
6.	Beantwortung Postulat der FDP-Fraktion, Urs Baumann, betreffend „Einstellhalle unter dem alten Feuerwehrmagazin“	3068
7.	Beantwortung Postulat der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Christoph Zwahlen, betreffend „Beschattung versiegelter Flächen in Pratteln“	3077
8.	Motion der BDP Pratteln, Marc Bürgi, betreffend „Änderung Polizeireglement (PoIR) bezüglich Drohnenflug“	3122
9.	Fragestunde (nach der Pause)	

Begrüssung

Hasan Kanber: Liebe Einwohnerratskolleginnen und -kollegen, liebe Gemeinderäte, liebe Pressevertreter, liebe Gäste und geschätztes Publikum. Ich begrüesse sie zur 474. Sitzung des Einwohnerrates.

Präsenz

Es sind zurzeit 30 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 16, das 2/3-Mehr 20 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

- Wir begrüessen heute an der Sitzung den neuen Abteilungsleiter Bau, Verkehr und Umwelt, **Marcel Leutwyler**, der im Publikum anwesend ist. Zur gegebenen Zeit, wird er sich bei den einzelnen Fraktionen persönlich vorstellen.
- Der ehemalige Einwohnerrat **Heinz Schwob**, SP, Mitglied im Einwohnerrat von 1972 bis 1988 und 1. Präsident des Einwohnerrates im Legislaturjahr 1972/73 ist am 5. September 2018 verstorben. Bekannt war er als für die Gemeinde tätiger Gemeindepolizist und Landrat. Wir gedenken ihm und bitten deshalb alle, kurz aufzustehen. (Der Rat erhebt sich für eine Schweigeminute).

Mitteilungen des Gemeinderates

- **GR Stefan Löw:** Gerne informiere ich noch über hängige Postulate: Für die Beantwortung der Postulate Nr. 2949 – 2951 der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Christoph Zwahlen, betreffend sichere Fussgänger- und Veloquerungen, warten wir noch die Antwort des Kantons ab. Zum Postulat Nr. 3040 von der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Aktuelle Fröschi-Unterführung als Ort der Gestaltung und legaler Graffiti-Kunst“: Auch an dieser Beantwortung sind wir noch dran und wird noch vorbereitet. Auch die Beantwortung des Postulates Nr. 3057 der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend „Zugang Sandgruben ab Rütliweg“, sollte voraussichtlich an der Oktober-Sitzung vorliegen.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Postulat der SP-Fraktion, Rebecca Moldovanyi, betreffend „Öffentliche Spielplätze“ vom 21. September 2018.

Bereinigung Geschäftsverzeichnis

Es gibt keine Bemerkungen zum zugestellten Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem Geschäftsverzeichnis verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 3105

Totalrevision Reglement für die familienergänzende Betreuung FEB – 2. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 7. August 2018

GR Roger Schneider: Es freut mich, dass es zu dieser Vorlage keine Widerstände gibt. Ich danke der Verwaltung, hauptsächlich Andrea Sulzer, Abteilungsleiterin Bildung/Freizeit/Kultur, für die harte Knochenarbeit in den letzten Wochen und Monaten. Auch Philippe Doppler und Urs Künti der Abteilung Finanzen und nicht zuletzt dem Verwalter Beat Thommen richte ich ein Dankeschön aus. Obwohl es im Protokoll der letzten Sitzung nicht drin steht, merke ich an, dass aus der SVP-Fraktion, Simone Schaub, die Frage kam, ob man die Verordnung zusammen mit dem Reglement einsehen kann. Ich habe ihr die Frage schriftlich beantwortet und begründe dem Rat, warum wir das nicht so machen. Die Verordnung ist ein Instrument der Exekutiven und wir wünschen, dass die Gewaltentrennung beachtet wird und hierin keine Diskussion über die Verordnung stattfindet. Der Gemeinderat regelt den Vollzug des Reglements und setzt dies in der Verordnung um. Ausserdem ist die Verordnung noch gar nicht beschlossen - das wird erst im Anschluss des Beschlusses des Reglements stattfinden.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Es folgt die 2. Lesung:

- § 1 **Zweck und Geltungsbereich**
- § 2 **Begriffe**
- § 3 **Beiträge der Gemeinde**
- § 4 **Kostenbeiträge der Erziehungsberechtigten**
- § 5 **Anspruchsberechtigung**
- § 6 **Massgebendes Einkommen und maximales Vermögen**
- § 7 **Einkommensobergrenze für den maximalen Beitrag der Gemeinde**
- § 8 **Babytarif, Tarif für Kinder mit besonderen Bedürfnissen und für Schulkinder**
- § 9 **Auszahlung der Beiträge der Gemeinde**
- § 10 **Verfahren und Berechnung der Beiträge der Gemeinde und der Kostenbeiträge der Erziehungsberechtigten**
- § 11 **Jährliche Neuberechnung und Änderungen**
- § 12 **Rückerstattung von Beiträgen**
- § 13 **Vollzug**
- § 14 **Datenschutz**
- § 15 **Verfügungszuständigkeiten**
- § 16 **Rechtsmittel**
- § 17 **Inkrafttreten**

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Somit kommen wir zur Schlussabstimmung.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Die Totalrevision des Reglements für die familienergänzende Betreuung (FEB-Reglement) wird genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 29. Oktober 2018.

Nachtrag von Kurt Lanz zur Begründung von GR Roger Schneider, warum die Verordnung nicht eingesehen werden kann: Auch ich gehöre zu denjenigen, die die Verordnung sehen wollen, wenn sie irgendwann mal halbwegs entstanden ist. Letzten Endes bedeutet es tatsächlich: Wenn uns die Verordnung nicht passt, müssten wir eine Motion einreichen, um das FEB wieder abzuändern, damit in der FEB reingeschrieben wird, was wir in der Verordnung doch noch anders geregelt haben möchten. Für mich heisst das in Zukunft nicht einfach, dass ich nie mehr aufstehen werde, um eine Verordnung sehen zu wollen. Darum ist die Nachfrage nach dieser Verordnung an sich nicht schlecht. Das wurde im Rat schon mehrmals so gewünscht, bevor wir ein Geschäft zu Ende beraten haben.

Geschäft Nr. 3115

Beantwortung Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Christoph Zwahlen, betreffend „QP Grüssenhölzli – Stand der Dinge“

Aktenhinweis

- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Christoph Zwahlen, vom 25. Juni 2018

GR Rolf Wehrli: Frage 1: *Wie ist der Stand der Realisierung des QP OBI?* Der Quartierplan ist vom Regierungsrat nicht genehmigt worden, da er davon ausgeht, dass die hängige Einsprache ebenfalls analog QP Geisseler und Grüssen 4 letztlich vom Kantonsgericht gutgeheissen wird. Frage 2: *Wann wird gebaut?* Siehe Antwort 1. Es ist voraussichtlich einer neuer Quartierplan aufzugleisen. Frage 3: *Reicht die Zeit vor dem Ablauf der Gültigkeit des QP?* Das ist kein Problem, da sowieso eine neue Quartierplanung erfolgen muss. Frage 4: *Wie steht es mit der nötigen Entsorgung der Altlasten?* Der Kredit im Betrag von CHF 8'510'000 ist für die Altlastensanierung per Volksabstimmung genehmigt worden. Die Entsorgung erfolgt erst zusammen mit dem Aushub für eine zukünftige Baute. Aufgrund der Teuerung bei der Altlastenentsorgung seit 2013 und den veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen müssen wir davon ausgehen, dass die Altlastenentsorgung allenfalls teurer wird. Das können wir zum heutigen Zeitpunkt aber noch nicht genau sagen. Frage 5: *Ab wann sind Baurechtszinsen fällig?* Der erste Baurechtszins ist gemäss Vertrag ab Inbetriebnahme des Fachmarktes fällig, jedoch spätestens nach 24 Monaten ab Erteilung der Baubewilligung. Frage 6: *Wieviel an Baurechtszinsen sind der Gemeinde durch die Verzögerung entgangen?* Es sind jährlich CHF 750'000 Baurechtszinsen. Da die Quartierplanung sich massiv zeitlich in die Länge gezogen hat, insbesondere wegen zusätzlichen Sicherheitsabklärungen, Versetzung der Gasleitung, der notwendigen Untersuchung und Volksabstimmung für die Entsorgung der Altlasten sowie das laufende Einspracheverfahren, kann nicht ausgewiesen werden, ab wann eine Inbetriebnahme des Marktes möglich gewesen wäre.

Christoph Zwahlen wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser mit grossem Mehr zu.

Christoph Zwahlen (Interpellant): Ich danke GR Rolf Wehrli für die Beantwortung meiner Fragen. Die Volksabstimmung erfolgte mit dem Wissen, dass die die Genossenschaft Migros Basel einen Anteil der Entsorgungskosten bezahlt und nicht, dass die Gemeinde CHF 8 Mio. alleine hinblättern muss. Wenn da nun etwas anderes gemacht wird, ein Widerruf erfolgt, wird diese Vereinbarung hinfällig? Wie ist das rechtlich?

GR Rolf Wehrli: Das ist eine gute Frage, welche wir uns auch gestellt haben. Dies können wir aber erst definitiv klären, wenn allenfalls ein neuer Quartierplan vorliegt. Dann werden wir das Geschäft mit den Fakten dem Einwohnerrat vorlegen. Im Moment steht das nicht zur Diskussion, weil wir schlichtweg noch nicht so weit sind.

Patrick Weisskopf: Im Grüssenhölzli gewinnt der VCS immer. Darum meine Frage: Was hat die Gemeinde bis jetzt unternommen, um genau bei diesen rechtlichen Sachen, bei welchen wir unterlegen sind, entgegenzuwirken und vorwärts zu machen? Wie lange ist damit zu rechnen, bis die rechtlichen Defizite behoben sind?

GR Rolf Wehrli: Am liebsten hätten wir die Bagger gestern schon auffahren lassen, so wie es der Einwohnerrat beschlossen hat. Dem ist halt nicht so. Der VCS kann Einsprachen machen. Ich komme beim nächsten Traktandum (2839/3112) noch auf gewisse Themen zurück, aber einen genauen Zeitpunkt können wir jetzt nicht nennen. Wir arbeiten daran und ein Teil ist bereits gemacht. Bei der neuen Quartierplanung kommt dieses Geschäft wieder auf den Tisch. Der VCS ist manchmal wie eine Glaskugel, da können wir leider nicht reinblicken. Plötzlich gibt es vielleicht neue Gründe für Einsprachen. Wir arbeiten daran, dass wir die Sachen erfüllen, zusammen mit dem Kanton, damit die Beschlüsse des Einwohnerrates und der Investoren vollzogen werden können.

Josef Bachmann: Mich interessiert, ob die Firma, welche das Baurecht ausüben will - angeblich der OBI - überhaupt noch Interesse hat, dort unten zu bauen?

GR Rolf Wehrli: Ja, sie haben noch Interesse.

Die Interpellation Nr. 3115 ist beantwortet.

Präsenz: Es sind inzwischen 31 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 16, das 2/3-Mehr 21 Stimmen.

Geschäft Nr. 2839/3112 Quartierplanung Fachmarkt Grüssenhölzli; Widerruf

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 28. Juli 2018

GR Rolf Wehrli: Die kurze Vorlage begründet, wieso wir dies dem Rat beantragen. Da die Vorlage an der letzten ER-Sitzung nicht behandelt wurde, konnten wir die Frist auf Widerruf beim Kantonsgericht Baselland bis Mitte Oktober 2018 verlängern. Der Rat kann nun über die Vorlage abstimmen, so dass der Quartierplan widerrufen wird. Im Vorfeld habe ich Fragen von Benedikt Schmidt erhalten, welche ich gerne beantworte. Er meint, die Vorlage sei relativ dünn und sich ihm darum folgende Fragen stellen: Frage 1: Ist der Widerruf mit dem Investor abgesprochen? Ja, das ist tatsächlich so. Frage 2: Was passiert mit dem Baurechtsvertrag? Im Moment gibt es dazu keine Statusänderung. Frage 3: Es gab eine Volksabstimmung über den Kredit für die "Sanierung" der Altlasten.

Was geschieht mit dem Kredit? Dieser bleibt im Moment weiterhin bestehen. Frage 4: Warum versucht man nicht, die notwendige Erschliessung zu realisieren? Das Grüssenhölzli würde ja durch das Tram erschlossen. Somit wäre die Erschliessung mindestens für die Fussgänger gut. Das geht ein wenig in die Frage von Patrick Weisskopf vorher. Die Erschliessung für den Langsamverkehr ist im Bereich der Querung Hohenrainstrasse (beim Eingang ins Quartier) bereits realisiert. Im Bereich der internen Erschliessungsstrassen im Grüssen ist eine Kernfahrbahn zusammen mit dem Ausbau der Grüssenhölzlistrasse geplant. Es geht dort weiter und da sind wir aktiv. Frage 5: Wie geht es weiter? Ist der Investor weiterhin am Projekt interessiert? Dann zum letzten Votum von Josef Bachmann, ob der Investor noch Interesse hat: Ja, der Investor ist weiterhin interessiert. Voraussichtlich wird es einen neuen Quartierplan geben müssen.

Eintretensdebatte

Mauro Pavan: Der Sachverhalt ist relativ klar. Das passiert, wenn man dem Langsamverkehr zu wenig Rechnung trägt. Ich gehe davon aus, dass das jetzt schnellstmöglich passieren wird, die Erschliessung erfolgt und der neue Quartierplan aufgelegt werden kann. Darum ist das einzig Richtige, dem Widerruf zuzustimmen. Die SP-Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Andreas Seiler: Auch die FDP-Fraktion ist für Eintreten und wird diesem Beschluss zustimmen. Ich weise darauf hin, dass wir daran interessiert sind, dass möglichst bald ein neuer Quartierplan kommt. Es geht um recht viel Geld, welches die Gemeinde Pratteln wegen der Verzögerung nicht erhält. CHF 750'000 ist ein grosser Betrag, welcher das Budget verbessern könnte. Das Budget ist im Moment nicht gerade üppig mit dem Überschuss, den wir letztes Mal hatten. Wir sind für den Widerruf und hoffen, dass die neue Vorlage so rasch wie möglich vom Gemeinderat kommt.

Patrick Weisskopf: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen bedankt sich für die Beantwortung der Fragen. Wir nehmen zähneknirschend zur Kenntnis, dass uns jährlich CHF 750'000 verloren gehen, weil man bei gewissen Arbeiten nicht aufgepasst und nicht auf die Indikatoren gehört hat und deshalb jetzt diese Verzögerungen haben. Wir wünschen uns, dass es zügig weiter geht, so dass der Investor auf diesem Gebiet vorwärts machen kann und die Vorlage speditiv in den Rat kommt. Darum stimmen wir dem Widerruf zu.

Urs Schneider: Es wurde alles gesagt. Auch die SVP-Fraktion wird dem Widerruf zustimmen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und es folgt die Abstimmung.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Die Zustimmung zur Quartierplanung „Fachmarkt Grüssenhölzli“ vom 16. Dezember 2013 wird widerrufen.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 29. Oktober 2018.

Geschäft Nr. 3088/3085 Beantwortung Postulat der SVP-Fraktion, Christian Schäublin, betr. „Überprüfung und Optimierung der ständigen beratenden Kommissionen“; Teilrev. Verwaltungs- und Geschäftsreglement (VOR) – 1. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 14. November 2017
- Postulat der SVP-Fraktion, Christian Schäublin, vom 18. Dezember 2017
- Beantwortung des Gemeinderates vom 8. Mai 2018

GP Stephan Burgunder: Der Gemeinderat hat, wie von Christian Schäublin verlangt, sämtliche ständige, beratende Kommissionen nach den gewünschten Gesichtspunkten überprüft. Selbstverständlich wurden auch die einwohnerrätlichen Kommissionen, Behörden und Begleitkommissionen überprüft. Wir haben festgestellt, dass nicht bei allen Kommissionen Pflichtenhefte vorhanden sind. Dort, wo das nicht der Fall ist, werden wir entsprechende Pflichtenhefte erstellen. Aktuell bestehen gemäss Aufstellung 12 beratende Kommissionen. Drei davon wollen wir aufheben und eine ist noch in Bearbeitung. Folgende Kommissionen sollen aufgehoben werden: Betriebskommission KSZ, Schulraumraumplanungskommission und die Verkehrsplanungskommission. Die Begründung steht in der Vorlage. Eine Kommission möchten wir allenfalls verändern. Dies besprechen wir aber erst, wenn der konkrete Vorschlag vorliegt. Dabei handelt es sich um die Kommission für Integration und Förderung des interkulturellen Austausches. Hier geht es aber um eine Optimierung und nicht um eine Auflösung. Soweit meine einleitenden Worte zu diesem Geschäft. Im Detail werden die Fragen von den einzelnen Gemeinderäten, welche in den Kommissionen vertreten sind, beantwortet. Ich selber bin in keiner Kommission.

Eintretensdebatte

Christian Schäublin (Postulant): Zuerst danke ich dem Gemeinderat, dass er diese Überprüfung vorgenommen hat. Ich konnte feststellen, dass seit der 1. Vorlage zwei Kommissionen dazu gekommen sind. Die Begründung, warum man drei Kommissionen aufheben will liegt vor. Für die SVP-Fraktion sind diese plausibel. Bei der Vorlage wäre es aber der Vollständigkeit halber richtig gewesen, auch die Kommissionen zu erwähnen, welche man bestehen lassen will und dabei aufzuzeigen, wie oft sie tagen. Was noch wichtiger wäre zu erklären, warum man diese Kommissionen weiterhin betreiben will. Jetzt sieht man nur, was bei den drei erwähnten Kommissionen, welche man abschaffen will, nicht mehr notwendig ist. Aber bei den Bestehenden weiss man nicht, aus welchen stichhaltigen Gründen sie noch weiter bestehen sollen. Es wäre gut, wenn der Gemeinderat zur 2. Lesung die entsprechenden Informationen abgeben könnte. Ansonsten können wir dieser Vorlage so zustimmen.

Stephan Bregy: Die FDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung. Christian Schäublin hat einen guten Einwand gebracht. Es wäre lohnenswert, wenn man für die 2. Lesung die Vorlage mit den erwähnten Angaben ergänzt. Wir sind dafür, die zwölf aufgeführten Kommissionen abzuhaken und nicht zielführende Kommissionen aufzuheben. Auch soll die Administration und der Ablauf „verschlankt“ werden. In diesem Sinne unterstützt die FDP-Fraktion diesen Beschluss.

Andreas Moldovanyi: Auch die SP-Fraktion sieht das Postulat als erfüllt an und ist für abschreiben. Mit einer Frage sind wir aber nicht ganz klar gekommen: „*Gibt es weitere, neue Aufgaben, die durch die Kommissionen beraten werden können, bspw. künftiger Betrieb des Burggarten- und Schlossschulhauses?*“ Das ist weder von GP Stephan Burgunder beantwortet worden noch steht es in den weiteren Ausführungen. Das wollen wir noch gerne miteinander diskutieren. Ich werde auch noch einen Vorschlag für eine neue Kommission vorbringen. Wir stimmen dem VOR zu.

GP Stephan Burgunder: Selbstverständlich können wir auf die 2. Lesung die Fragen von Christian Schäublin beantworten. Es ist im Postulat so nicht gefordert worden. Du willst wissen, warum eine Kommission bestehen bleiben soll und wie oft sie tagt? (*Der Postulant stimmt mit Kopfnicken zu*). Der Gemeinderat hat nichts anderes gefunden, um eine zusätzliche Kommission einzuberufen. Bei einer möglichen Betriebskommission Burggarten- und Schlossschulhaus ist die Antwort die gleiche, wie bei der Betriebskommission Kultur- und Sportzentrum. Es wurde alles professionalisiert und vieles wird online abgewickelt, resp. von der Abteilung Bildung/Freizeit/Kultur bewirtschaftet. Deshalb braucht es für diese zwei Schulhäuser in dieser Form keine Kommission.

Petra Ramseier: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen unterstützt dieses Geschäft. Wir hatten die gleiche Frage, wie es mit den renovierten Häusern weitergeht. Die Antwort dazu haben wir nun erhalten. Danke vielmals. Wir beantragen, die Verkehrskommission drin zu belassen, gerade in Bezug auf das Geschäft, welches wir vorhin besprochen haben. Es wäre vielleicht eine Überlegung wert, sich zu fragen, ob man diese nicht auf irgendeine Art reaktivieren will. Darüber können wir nachher diskutieren.

Antrag Petra Ramseier

GR Urs Hess: Die Verkehrsplanungskommission ist eigentlich ein Fachgremium. Aus diesem Grund sind wir der Auffassung, dass je nach Lage und Verkehrsproblematik diese Kommission resp. die Begleitung im Gemeinderat separat frisch zusammengesetzt werden muss. Darum macht die Verkehrsplanungskommission keinen Sinn. Es gibt verschiedene Problematiken: Sachen über Langsamverkehr, Geschwindigkeiten und Verkehrssicherheit, Ausbau von anderen Verkehrsarten usw. und deshalb braucht man jeweils andere Fachleute. Daher macht es keinen Sinn, eine solche Kommission am Leben zu erhalten. Es wäre besser, Mitglieder richtig einzusetzen, wenn es sie braucht und dann entsprechende Fachpersonen beizuziehen. Das über ein Mandat zu machen, ist der bessere und schlauere Weg für uns.

Patrick Weisskopf: Ich danke GR Urs Hess für die Beantwortung. Das ist ja eine gemeinderätliche Kommission, welche den Gemeinderat unterstützen kann. Gerade bei der Verkehrskommission sehen wir die Chance, dass man Interessensverbände miteinbindet, wie z. B. den VCS, eine Behindertenorganisation oder etwas für im Alter. Damit könnten wir die Entscheide im Bereich Verkehr in der Bevölkerung breiter abstützen und könnten evtl. auch einen früheren Konsens finden, um dann hierin weniger diskutieren zu müssen.

Kurt Lanz: Auf die Feststellung von GR Urs Hess, dass es halt verschiedene Fachgebiete sind und es verschiedene Fachleute braucht: Für mich muss der Verkehr auch ganzheitlich und zusammenhängend angesehen werden. Zwischendurch gehöre ich auch zu denjenigen, welche das Gefühl haben, dass wenn wir überall nur Fachleute haben, diese dann am Schluss vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sehen und den Gesamtüberblick verlieren. Aus diesem Grund sind mir Kommissionen, die mit verschiedenen Leuten zusammengesetzt sind und alle einen anderen Blickwinkel haben, halt eben trotzdem wichtig. Für mich ist es nicht erledigt, wenn für jedes Problem Fachpersonen geholt werden. Am Schluss vergisst man dabei, dass eigentlich alles zusammen dazugehört. In einer Gemeinde wie Pratteln gibt es mannigfaltige Verkehrsprobleme, bei denen ich es nicht schlaue finde, wenn man sie jeweils nur punktuell betrachtet. Von dem

her würde ich eine Kommission begrüßen, welche sich mit dem Verkehr in Pratteln auseinander setzt - egal ob schneller oder langsamer Verkehr.

Präsenz: Es sind inzwischen 32 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 17, das 2/3-Mehr 22 Stimmen.

Das Eintreten ist unbestritten. Wir sind in der Direktberatung und bei der Diskussion zum Antrag von Petra Ramseier.

GR Urs Hess: Ich bitte den Rat, den Antrag nicht zu unterstützen. Der eingeschlagene ist der bessere Weg. Ich bin seit zwei Jahren im Amt und die Verkehrsplanungskommission hat noch nie getagt. Sie besteht nämlich nur aus drei Personen plus Gemeinderat und macht aus meiner Sicht auch keinen Sinn. Wir wollen lieber Fachleute, welche selbstverständlich übergreifend denken. Deswegen möchten wir das auch jeweils auf Mandatsbasis richtig regeln. Bitte streicht diese Kommission, sie bringt euch so nichts.

Petra Ramseier: Ich denke, man könnte diese Kommission auch neu bestücken, die Zusammensetzung ändern oder etwas anderes ausprobieren. Es gibt sicher Wege und Möglichkeiten, um diese Kommission zu beleben. Wenn man sie so belässt und nicht einberuft, dann macht sie auch nichts - das ist klar. Vielleicht gäbe es doch Arbeiten und Inputs von solch einer Kommission, die wertvoll wären. Einen Versuch wäre es wert, bevor wir sie „sterben“ lassen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung zum Antrag von Petra Ramseier.

://: Der Antrag der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Petra Ramseier, bei § 8 Abs. 1 die Verkehrsplanungskommission beizubehalten, wird mit 16 Nein zu 14 Ja bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Lesung

§ 8 Ständig beratende Kommissionen

Andreas Moldovanyi: Wenn ich mir diese Liste anschau, dann fällt mir auf, dass die Gesundheit nicht aufgeführt ist. Weder besteht eine Gesundheitskommission noch ist eine geplant. Ich bin der Ansicht, dass eine Gemeinde von der Grösse Prattelns dringend auf eine Gesundheitskommission angewiesen ist. Entsprechende Fachleute könnten den Gemeinderat beraten, damit gesundheitsrelevante Themen korrekt beantwortet und beschlossen werden. Die Gesundheitsfragen sind bei allen anderen Kommissionen nicht abgebildet. Deswegen beantrage ich die Gründung einer neuen Kommission.

Antrag Andreas Moldovanyi

GP Stephan Burgunder: Es ist schwierig, Stellung zum Titel „Gesundheitskommission“ zu nehmen. Könntest du bitte noch etwas über den Inhalt sagen, womit sich diese Kommission beschäftigen soll? Geht es um die Gesundheit der Verwaltungsangestellten oder geht es um die Gesundheit der Bevölkerung? Einen Teil haben wir im „Alter“ abgedeckt und einen Teil machen wir über die Spitex. Wir haben neu die Fachstelle „Alter“ eingeführt. Was soll die Aufgabe der Gesundheitskommission ganz genau sein?

Andreas Moldovanyi: So wie ich das sehe, gibt es keine Spitexkommission und gerade die Fragestellungen über die Spitex - gerade weil jetzt neu verhandelt wird oder wurde - wäre eines von den Themen. Ein zweites Thema wäre die Zahngesundheit. Da ist die Alterskommission in der Regel zu spät, weil es dort meistens um Gebisse geht. Bei der Zahngesundheit der jungen Bevölkerung (Kindergärtner und Primarschüler), musste ich feststellen, dass die Zahnputzfee abgeschafft wurde, weil es nicht mehr finanziert wird. Das ist sicher in keiner Kommission beraten worden. Wir haben aber bei den Zahlen im Budget festgestellt, dass bei den Zahnsanierungen deutliche Quantensprünge zu verzeichnen sind, sowohl bei den Ausgaben der Gemeinde wie auch der Eltern. Ein weiterer Punkt ist z. B. der Brunnen im Jörinpark, welcher vor zwei Jahren ein Thema war, als es um die bakterielle Verseuchung ging und ob man neu das Wasser permanent laufen lassen soll, wegen den Mittelohrentzündungen. Das sind für mich alles gesundheitsrelevante Themen.

Urs Schneider: Der Gemeinderat hat eine Vorlage gemacht und wollte eine Kommission streichen. Nun sind es sogar drei. Man sagt, man soll sich von alten „Zöpfen“ trennen und das ist auch richtig so. Jetzt hat man sich überlegt, ob man noch einen neuen Namen kreieren kann und eine Gesundheitskommission bilden soll. Ich glaube, das ist der falsche Weg, um jetzt einfach nur ein Wort auf ein Papier zu schreiben und zu sagen: Jawohl, wir wollen das. Vielleicht ist das wirklich etwas, was Sinn macht, aber dann muss man es anders angehen: Schriftlich festlegen, was sein soll, was sein kann und was sein muss und damit kann man dann einen Antrag stellen. Aber nicht einfach so kommen und sagen, wir wollen jetzt eine Gesundheitskommission ohne genaue Angaben dazu. Die SVP-Fraktion unterstützt diesen Antrag nicht.

Stephan Bregy: Es gibt gute Argumente von beiden Seiten. Andreas Moldovanyi hat auch gute Argumente vorgebracht, denn ich weiss, dass es ihm ein wichtiges Anliegen ist. Vielleicht könnte man die Alterskommission mit Gesundheitsfragen ergänzen? Das muss diese Kommission dann aufsetzen. Grundsätzlich bin ich persönlich empfänglich für diese Idee, weil dies ein wichtiges Thema ist. Trotzdem ist ein wenig mehr Substanz notwendig, damit wir über dieses Anliegen entscheiden können.

Andreas Moldovanyi: Ich bin sehr empfänglich, dass das in die Kommission für Altersfragen hineinkommt. Diese Themen passen gut zusammen und ich kläre mich bereit, einen Katalog aufzusetzen und diesen dem Rat für die 2. Lesung zukommen zu lassen.

Präsenz: Es sind inzwischen 33 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 17, das 2/3-Mehr 22 Stimmen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung zum Antrag von Andreas Moldovanyi.

://: Der Antrag der SP-Fraktion, Andreas Moldovanyi, neu eine Gesundheitskommission einzusetzen, wird mit 15 Nein zu 10 Ja bei 8 Enthaltungen abgelehnt.

Die Diskussion zu § 8 wird fortgesetzt.

Urs Schneider: Ich gehe davon aus, dass Andreas Moldovanyi für die nächste Sitzung etwas ausarbeiten wird und ich wäre froh, wenn der Gemeinderat dazu auch Stellung nimmt, damit wir nochmals vernünftig darüber reden können.

Petra Ramseier: Ich verstehe es so, dass jetzt keine Basis vorhanden ist, um darüber zu diskutieren, sondern dass wir wirklich auch die Option „Alters- und Gesundheitskommission“, wie es diese an anderen Orten schon gibt, ins Auge fassen. Das würde Sinn machen - ohne Fakten ist es aber schwierig.

Andreas Moldovanyi: Ich werde den Antrag bei der 2. Lesung wiederum stellen und dem Rat die Fakten aufzeigen.

Die 1. Lesung ist abgeschlossen. Es folgt die Abstimmung, das Postulat Nr. 3088 als erfüllt abzuschreiben.

Christian Schäublin: Da noch Fragen zur Teilrevision gestellt wurden und der Gemeindepäsident versprochen hat, die Informationen für die 2. Lesung zu liefern, macht es keinen Sinn, das Postulat jetzt abzuschreiben. Deshalb schlage ich vor, wir warten damit bis zur 2. Lesung.
Antrag Christian Schäublin

Abstimmung über den Antrag von Christian Schäublin

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 3088 wird mit der 2. Lesung zur Teilrevision VOR Nr. 3085 behandelt.

Die 1. Lesung ist abgeschlossen.

Geschäft Nr. 3114

Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Christine Weiss, betreffend „Prämieninitiative“

Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion, Christine Weiss, vom 25. Juni 2018
- Schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 25. Juli 2018

GR Roger Schneider: In Vertretung von GR Emanuel Trueb, beantworte ich gerne etwaige Fragen. Es liegt eine schriftliche Beantwortung vor, der ich im Moment nichts hinzuzufügen habe.

Christine Weiss wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser mit grossem Mehr zu.

Christine Weiss (Interpellantin): Ich bedanke mich für die Beantwortung meiner Fragen, vor allem zu den Fragen zwei und drei. Die erste Frage ist aus meiner Sicht eigentlich nicht beantwortet, weil ich eine Zahl oder einen Betrag erwartet hätte. Dass es sich

nicht um einen gesicherten Betrag handeln kann, ist dabei klar. Dass es eine Abschätzung aufgrund einzelner Berechnungen ist, das versteht sich auch von selbst. Es sind aber auch nicht 860 Berechnungen nötig, wie die in Klammern gesetzte Zahl uns glauben machen will. Weil sowieso alle Vollzeit Arbeitslosen nicht in Betracht gezogen werden können, sondern nur die Working-Poor und Teilzeitarbeitnehmende, bei welchen das Einkommen knapp unter dem Grundeinkommen liegt. Davon ein paar typische Beispiele durchzurechnen und dann hochrechnen, das hätte ich erwartet. In der Vorlage zur familienergänzenden Betreuung sind ja auch Zahlen genannt worden und auch das auf Berechnung von einzelnen Fällen, Annahmen und Hochrechnungen. Ich denke, das wäre auch hier möglich gewesen. Daher bin ich enttäuscht, dass es dem Gemeinderat offenbar zu viel Arbeit war, um auch die erste Frage richtig zu beantworten.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Die Interpellation Nr. 3114 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 3068

Beantwortung Postulat der FDP-Fraktion, Urs Baumann, betreffend „Einstellhalle unter dem alten Feuerwehrmagazin“

Aktenhinweis

- Postulat der FDP-Fraktion, Urs Baumann, vom 21. August 2018
- Beantwortung des Gemeinderates vom 21. August 2018

GR Rolf Wehrli: Ich glaube, die Beantwortung ist klar. Die Option für die Zukunft bleibt selbstverständlich offen. Im Zusammenhang mit der Planung des neuen Gemeindezentrums stellt sich diese Frage aktuell nicht in diesem Ausmass.

Urs Baumann (Postulant): Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung. Grundsätzlich kann ich mit den Antworten gut leben. Mir ist es eigentlich egal, ob die Einstellhalle unter dem alten Feuerwehrmagazin oder im neuen Gemeindezentrum ist. Der Weg ist sowieso nicht so weit. Wichtig ist mir, wenn das neue Gemeindezentrum geplant wird, dass die Einstellhalle eine zweistöckige Angelegenheit wird und es nicht einfach nur Parkplätze für die Angestellten der Gemeindeverwaltung hat, denn da hätte die Bevölkerung nichts davon. In diesem Sinn kann man das Postulat aus meiner Sicht abschreiben.

Benedikt Schmidt: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist für Abschreiben. Wir haben aber noch eine Frage: Auf der 2. Seite steht, es brauche kein Parkhaus auf der Schlosswiese. Ich nehme an, dass das eine nicht so geschickte Wortwahl ist, da von einem Parkhaus auf der Schlosswiese nie geredet wurde - oder?

GR Rolf Wehrli: Ja, das ist richtig. Das steht falsch in der Vorlage. Es handelt sich natürlich um eine Einstellhalle.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Das Postulat Nr. 3068 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 3077

Beantwortung Postulat der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Christoph Zwahlen, betreffend „Beschattung versiegelter Flächen in Pratteln“

Aktenhinweis

- Postulat der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Christoph Zwahlen vom 25. September 2017
- Beantwortung des Gemeinderates vom 30. August 2018

GR Stefan Löw: Ich entschuldige mich für die verspätete Beantwortung. Auch der Gemeinderat ist nicht wahnsinnig erfreut, wie einige Plätze schlussendlich „herausgekommen“ sind. Sie sind wohl mit einheimischen Pflanzen (Eiben, Hartriegel) begrünt worden. Die Vorgaben im Quartierplan sind klar gegeben. Wir haben das zur Kenntnis genommen und gesehen, was passiert ist. Wir sind uns bewusst, dass wir den Schwerpunkt in Zukunft anders setzen müssen. Das wurde mit dem Abteilungsleiter Bau, Verkehr und Umwelt auch bereits so besprochen. Wir werden den Schwerpunkt darauf legen, alles genauer zu beachten und allenfalls auch Einfluss nehmen. Das werden wir sicher bei Salina Raurica so machen. Dort ist man schon früh daran, die Gestaltung der Aussenräume und Begegnungsräume sowie dem Park ganz eng zu begleiten. Es wird ein richtiges Grünkonzept geben. Die Plätze und Sachen, welche der Gemeinde gehören, sind recht schön begrünt. Man muss immer abwägen, was die Benutzbarkeit der Flächen anbelangt, auch bei der Gestaltung eines Platzes. Bei den umgebauten Schulhäusern müssen wir schauen, für was der Platz genutzt wird und dann ein entsprechendes Konzept erarbeiten, wie viele Bäume es braucht und wohin sie gestellt werden sollen usw. Der Gemeinderat ist sich seiner Verantwortung durchaus bewusst. Ich bitte den Rat, das Postulat abzuschreiben.

Christoph Zwahlen (Postulant): Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung. Ich bin zwar nicht wahnsinnig begeistert, wenn ich sehe, was als Beispiel bei den Erwägungen steht. Dazu muss ich sagen, dass beim Aegelmattschulhaus nichts was geteert war, entteert wurde, sondern dass man eine Matte umgestaltet hat. Die Bäume auf dem Bahnhofplatz, welche meine Kritik beinhalten, stehen zum Teil so nahe beim Haus, so dass sie vom Haus selber beschattet werden und nicht selber Schatten werfen und dort, wo Schatten geworfen werden sollte, hat es keine Bäume. Ich kann damit leben, dass man dieses Postulat abschreibt, werde aber ein Auge darauf haben, wenn etwas Neues kommt und mich dann je nachdem wieder einbringen.

Stephan Bregy: Auch die FDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Ich bin bei Sion/Sitten aufgewachsen und es freut mich natürlich zur Kenntnis zu nehmen, dass die Stadt nicht nur im Zusammenhang mit Christian Constantin und Fussball erwähnt wird, sondern dass es auch als positives Beispiel im Zusammenhang bei der Verbesserung des Stadtklimas gilt. GR Stefan Löw hat es schon erwähnt. Wenn wir zurückblicken, ist es in der Tat so, dass man in der Vergangenheit zu wenig auf diese Thematik geschaut hat: Der Fokus bei den Neubauten, dass mehr auf die Bauten selber und weniger auf die Umgebung geachtet wurde. Es ist unsere Aufgabe im Einwohnerrat, in Zukunft mehr Einfluss auf die Quartierpläne zu nehmen und den Fokus mehr darauf zu legen, diese Thematik zu verbessern. Nichtsdestotrotz sind wir für das Abschreiben.

Andreas Moldovanyi: Die SP-Fraktion bedankt sich auch für die Beantwortung dieses Postulates. Grundsätzlich sind wir auch für eine Abschreibung. Ich weise noch darauf hin, dass es in Pratteln zahlreiche Flächen gibt, welche aufzeigen, dass da nichts geplant worden ist; z. B. der grosse Parkplatz vor dem Lidl. Dieser ist absolut grauenhaft. Gerade wenn man besonders in diesem heissen Sommer dort aus dem Gebäude wieder herausgekommen ist, hat es einen fast erschlagen. Das meine Damen und Herren kann tödlich sein; jeder Hitzesommer fordert nicht einige wenige, sondern hunderte Tote in der

Schweiz. Das betrifft häufig Personen ab 70 Jahren. Diese sind auf solchen Plätzen besonders gefährdet. Dasselbe gilt auch, wenn man beim Denner hinauskommt (Helvetia Tower). Ganz besonders schlimm ist die Hitze auf dem Dachparkplatz beim Grüssen Center (Conforama). Beschattung ist das eine, das andere das überhaupt Bäume vorhanden sind, die die Luft durch Verdunstungsenergie abkühlen könnten. Ich pflichte Stephan Bregy bei, dass wir künftig bei einzelnen Planungen vermehrt ein Auge darauf haben müssen.

Urs Schneider: Ich würde dem Gemeinderat auch gerne danken, aber die Antwort ist eigentlich schon sehr, sehr mager. Von dem her verstehe ich Christoph Zwahlen, dass er nicht ganz einverstanden ist. Die SVP-Fraktion ist trotzdem für Abschreiben und ich bin froh, dass man weiterhin ein Auge darauf hat. Es ist wirklich ein Problem mit dieser Beschattung. Klar ist, dass es bei Hochhäusern mit einem relativ weiten Schattenwurf in unmittelbarer Nähe nicht gerade den grössten Baum braucht. Aber man hat es ja selber in der Hand, sei es auf der eigenen Fläche etwas zu machen oder mittels Quartierpläne. Vor ca. drei/vier Jahren haben wir hierin schon mal über die Überprüfung der Quartierpläne geredet und es gibt diverse davon, welche nicht so umgesetzt wurden, wie der Rat das beschlossen hat. Vielleicht müsste man da auch wieder mal nachhaken.

Christoph Zwahlen: Nur noch ein Beispiel: Die Bäume in der Bahnhofstrasse sind nicht ganz jung. Wenn ich jedoch meinen Roller vor dem Coop abstellen will und hinten in der Kiste etwas nicht unbedingt hitzebeständig ist, dann kann ich den Roller nicht in den Schatten stellen, obwohl es dort eine ganze Anzahl Bäume hat. Es gibt ein Konzept dort und ich hoffe, dass auch so eine Strasse mal besser wird.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Das Postulat Nr. 3077 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 3122

Motion der BDP Pratteln, Marc Bürgi, betreffend „Änderung Polizeireglement (PoLR) bezüglich Drohnenflug“

Aktenhinweis

- Motion der BDP Pratteln, Marc Bürgi, vom 21. August 2018

GR Urs Hess: Diese Motion verlangt etwas, worauf wir als Gemeinde gar keinen Einfluss nehmen können. Drohnen sind heute ein Hobby, viele fliegen damit herum. Es gibt aber einen Luftraum und dieser fängt weit unten am Boden an, nämlich 1 m ab Boden ist Luftraum. Die Hoheit liegt beim Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL). Auch Drohnen unterstehen dem BAZL. Aus diesem Grund ist es eigentlich klar, dass wir diese Motion zur Regelung des Drohnenflugs gar nicht entgegennehmen können. Daher bitte ich den Rat, die Motion für nicht erheblich zu erklären. Wir haben diverse Abklärungen getroffen. Im Kanton Baselland gibt es zwei Gemeinden, welche dies im Reglement drin haben. Dies ist eigentlich nicht rechtens, weil es beim Bund schon seit 1994 ein solches Reglement gibt. Der Kanton hat es verpasst eine Regelung zu machen, damit Gemeinden die Kompetenz hätten, etwas in dieser Richtung zu entscheiden und zu reglementieren. Aus diesem Grund können wir das nicht reglementieren. Wenn wir es trotzdem machen, könnte jemand klagen. Wir wollen nur etwas machen, was in Ordnung und rechtens ist. Im Moment ist sehr viel los. Der Bund verfolgt die ganze Geschichte mit den Drohnen und will

auf das Jahr 2020 eine neue Regelung bringen. Bis dahin sollte eine Gemeinde eine solche Regelung nicht selber treffen.

Marc Bürgi: Was GR Urs Hess gesagt hat, ist richtig. Für den Luftraum ist das BAZL verantwortlich. Das diesbezügliche Gesetz stammt aber aus dem Jahr 1994. Warum sollen wir in Pratteln auf etwas warten, was andere Gemeinden, nebst den beiden im Kanton BL, bereits umgesetzt haben? Im oberen Fricktal ist bei 21 Gemeinden im Gesetz verankert, dass in besiedelten Gebieten der Drohnenflug bewilligungspflichtig ist. In Luzern beim Sempachersee hat es mit dem Naturschutz zu tun, das der Drohnenflug sogar verboten ist. Es gibt auch noch weitere Gemeinden in den Kantonen Graubünden und Solothurn - da gehe ich aber nicht weiter darauf ein. Insgesamt sind es fast 30 Gemeinden in der Schweiz, die bereits ein solches Gesetz auf Gemeindeebene haben. In der Schweiz ist es heute so, dass man mit wenig klaren Regeln Video- und Fotoaufnahmen machen darf und es gibt generelle Flugverbote um und über Flughafen- oder Militäranlagen. Wenn eine Drohne schwerer als 30 kg ist oder wenn man ohne Sicht fliegt, z. B. mit einer 3DVR-Brille, mit welcher ich kilometerweit ohne sie zu sehen fliegen kann, dann braucht es eine Bewilligung. Das BAZL hat sich diesbezüglich ein wenig missmutig geäußert, dass diverse Gemeinden hier vorwärts machen (auf Ebene Nationalrat/Bund). Bei den Kantonen ist man jetzt daran, es so zu lösen, dass man den Gemeinden Freiheit geben will. Die Freiheit, welche sich einige Gemeinden schon ohne Rechtsgrundlage genommen haben. Bezüglich der Achtung der Privatsphäre gibt es auf Ebene Bund, Kanton und Gemeinde noch keine Regeln und um das geht es mir. Ich habe kein Problem mit Drohnen, die in nicht besiedelten Gebieten fliegen, auf Wiesen und Felder, aber im Dorfkern schon. Was heute schon verboten ist, ist das Überfliegen von Menschenmengen z. B. bei Hochzeiten. Auch dort braucht es eine Bewilligung. Was ich mit der Änderung unseres Polizeireglements anregen will, ist nicht ein Verbot des Drohnenflugs im Dorfkern, aber dass es bewilligungspflichtig ist. Das wäre ein erster Schritt in Richtung Schutz der Privatsphäre.

Stephan Ebert: Es ist bereits relativ viel gesagt worden zum Thema Drohnen und ich will mich auch nicht wiederholen, aber ganz am Anfang: Was ist eigentlich eine Drohne? Wikipedia sagt dazu: *„Ein unbemanntes Luftfahrzeug ist ein Luftfahrzeug, das ohne eine an Bord befindliche Besatzung autark durch einen Computer oder vom Boden mit einer Fernsteuerung betrieben und navigiert werden kann.“* Wir reden hier von einer unbemannten Drohne, die aber von einem Pilot geflogen wird. Das ist ein wichtiger Punkt. Der Pilot muss immer direkten Augenkontakt zu Drohne haben. Er darf sie nicht verlieren und darf auch nicht mit einer Brille fliegen, sondern muss auf Sicht fliegen. Das entspricht ca. 300 m. Das BAZL regelt den Einsatz der Drohnen. Die Verordnung des UVEK über Luftfahrzeuge liefert die gesetzlichen Grundlagen. Das BAZL legt unter anderem die Flugverbotszonen fest, d. h. um und 5 km über Flughäfen und in der Kontrollzone. Diese fängt ungefähr bei Muttenz an; dort darf nicht höher als 150 m geflogen werden. Es gibt auch noch weitere Flugverbotsgebiete: Der Sempachersee wurde schon angesprochen, das ist ein Naturschutzgebiet. Es gibt vier verschiedene Kategorien, welche der Bund bestimmen darf, was man in einem solchen Gebiet darf und was nicht und er kann eine temporäre Einschränkung machen z. B. bei einem Flugtag oder wenn das Militär fliegt. Wenn man in einer Gemeinde eine solche Polizeireglementsänderung machen will, dann müsste das vom Bund her kommen. Alles andere ist im Moment nicht rechtssicher. Der Drohnenverband wartet darauf, dass jemand klagt bei einer Verzeigung für das Fliegen mit einer Drohne. Auch das BAZL wartet darauf. Man will sehen, wie das verhebt, was man bisher mit einem Augenzwinkern durchgelassen hat. Zur Privatsphäre: Ab einer Höhe von 1 m ist Luftraum. Wenn ich also von hier aus starte (*zeigt es mit einer Handbewegung*), dann kann das BAZL etwas sagen. Ich darf mit einer Drohne über Privatgebiet fliegen, das ist mir nicht verboten. Aber es ist richtig, dass man das nicht macht und wenn, dann mit Augenmass. Wir müssen und dürfen unsere Privatsphäre schützen. Wenn jemand nicht gefilmt werden will, soll man auf den Drohnenpilot zugehen und ihm das sagen. Man kann es ihm verbieten und sogar die Speicherkarte verlangen, muss dafür aber die Polizei rufen. Das wird bereits jetzt im Gesetz geregelt.

Eine ungeschickte Lösung wäre, die Drohne mit einem Wasserschlauch oder sonst was herunterzuholen. Das ist erstens Sachbeschädigung und zweitens - das wissen viele nicht - Störung des Flugbetriebes. Da bekommt man es mit dem Bund zu tun, auch wenn es sich um eine Drohne von 500 g handelt. Es ist trotzdem eine Störung des Flugbetriebes. Der Persönlichkeitsschutz ist bereits geregelt. Allschwil und Reinach verbieten den Drohnenflug und warten darauf, dass jemand Anzeige erstattet. Es liegt nicht in der Gemeindekompetenz, dass man eine Reglementierungsänderung macht. Das ist meiner Meinung nach eine Totgeburt. Wir sollten nicht die paar wenigen, welche sich nicht richtig verhalten, am Haarschopf packen und allen anderen, welche sich richtig verhalten, das Fliegen in der Gemeinde verbieten. Es gibt genug Sachen, wo man eine Drohne sinnvoll einsetzen kann. Architekten brauchen sie und bei der Feuerwehr und im Zivilschutz überlegt man, ob man nicht Drohnen einsetzen kann. In diesem Sinne wird die SVP-Fraktion diese Motion als nicht erheblich erklären.

Urs Baumann: Ich mache es kurz, da alles gesagt wurde. Das BAZL ist zuständig. Der Bund und das BAZL sind mit den mitteleuropäischen Behörden dabei, die ganze Drohnenproblematik zu regeln. Die einzige Regel die es heute gibt, ist, dass Drohnen über 30 kg zwingend eine Bewilligung brauchen und für Blindflüge auch. Man darf nicht hinter ein Haus fliegen; das ist schlichtweg verboten, denn man sieht dann die Drohne nicht. Darum wird die FDP-Fraktion diese Motion auch nicht für erheblich erklären. Ich habe noch ein Frage an Marc Bürgi: Was gehört bei dir zum Dorfkern? Ich wohne dort und ich finde es schön, wenn du mich vor dem Drohnenflug schützen willst. Aber im Dorfkern selber ist das das kleinste Problem. Wirklich ein Problem ist es nur in den Aussenquartieren mit den Einfamilienhäusern, wo man von den Feldern aus über die Grundstücke fliegen kann. Ich habe in all den Jahren, seit es Drohnen gibt, keine zehn fliegen sehen. Das nächste Problem, was sich mir noch stellt: Was heisst „der Gemeinderat bewilligt“? Wenn ich einem Kind eine kleine Spielzeugdrohne schenke, braucht das Kind dann jedes Mal eine Bewilligung, um auf dem Spielplatz damit spielen zu können? Das ist absolut nicht durchführbar und darum für nicht erheblich zu erklären.

Mauro Pavan: Lieber Marc, ich hatte zuerst gewisse Sympathien, als ich deine Motion gesehen habe und dann habe ich gemerkt, dass sie auch mir teilweise zu weit geht. Genau aus dem gleichen Grund wie Urs Baumann schon erwähnt hat. Angenommen ich bin Grundstückbesitzer im Siedlungsgebiet oder Dorfkern: Wenn ich auf meinem eigenen Grundstück mit einer Drohne fliegen möchte, müsste ich gemäss dieser Motion selbst dann eine Bewilligung einholen. Das kann es wirklich nicht sein. Unabhängig davon, ob mir diese Motion nun sympathisch ist oder nicht. Es ist nicht relevant. Wir sind nicht zuständig und können das nicht regeln. Gewisse Gemeinden haben zwar solche Regelungen erlassen, aber eine Verzeigung könnte angefochten werden. Es macht aus meiner Sicht keinen Sinn, Regeln/Gesetze zu erlassen, welche nicht durchgesetzt werden können. Im Weiteren sind die Privatsphäre, Video- und Fotoaufnahmen weitgehend durch das Persönlichkeitsrecht geregelt. Da kann man dagegen klagen. Man darf Drohnen zwar nicht abschiessen, aber sehr wohl einfangen, wenn sie über dem eigenen Grundstück fliegen. Die SP-Fraktion wird die Motion für nicht erheblich erklären.

Marc Bürgi: Herzlichen Dank an Stephan Ebert für die Erläuterungen. Ich habe festgestellt, dass wir hierin einige Drohnenexperten haben. Ich sehe ein, da es schliesslich Abklärungen gibt und im Moment die Rechtslage noch unklar ist, dass es nicht nötig ist, hier der Bundesebene vorzugreifen. Ich ziehe deshalb meine Motion zurück.

Die Motion wurde vom Motionär zurückgezogen.

Fragestunde

Frage 1

„Beteiligte Unternehmen am Neubau Kindergarten Münchacker“ (Paul Dalcher, FDP-Fraktion)

GR Rolf Wehrli: Zuerst eine Randbemerkung: Bei diesem Geschäft herrscht eine volle Transparenz und nicht eine minimale, wie bei den Fragen eingangs erwähnt.

Frage 1: Weshalb wurde keine Baustellen-Infotafel mit den beteiligten Unternehmen vor Ort montiert? Das ist im Vertrag mit dem Totalunternehmer nicht verlangt worden.

Frage 2: Wurden die entsprechenden Vergaben wie üblich (Prattler Anzeiger) kommuniziert? Die Kindergärten sind mittels Gesamtleistungswettbewerb vergeben worden. Eine Jury hat es seinerzeit gegeben und die Ausstellung war auch in diesem Gebäude hier. Das Projekt Harlekin hat gewonnen und das ganze wurde dann an einen Totalunternehmer vergeben. Die Bau- und Planungskommission hat sich seinerzeit mit diesem Geschäft befasst und auch der Einwohnerrat hat zugestimmt. Es handelt sich um vier identische Gebäude. Teams, die am Ausschreibungswettbewerb teilgenommen haben, mussten das gesamte Konzept inklusive Kostenberechnung anbieten. Somit haben wir genau gewusst, wieviel die vier Doppelkindergärten kosten. Das bedeutet, dass die Bestellerin, sprich die Gemeinde Pratteln, die Kindergärten schlüsselfertig zum Fixpreis gemäss Vertrag übernimmt. Es macht auch Sinn bei vier identischen Gebäuden, dass man einen Gesamtwettbewerb ausschreibt. Ich kann mir nicht recht vorstellen, bei vier identischen Gebäuden alles mit vier Architekten, vier Teams, separaten Ausschreibungen und einem riesen Aufwand zu berechnen. Das hätte vermutlich einiges mehr gekostet. Es findet somit keine Vergaben an Unternehmer durch die Gemeinde statt. Die volle Verantwortung für die Planung und Realisierung liegt bei solchen Verfahren wie üblich beim beauftragten Totalunternehmer. Eine Publikation bezüglich Arbeitsvergaben ist somit nicht notwendig. *Frage 3: Nach welchen Grundlagen wurden die Unternehmen beauftragt?* Für die Beauftragung ist ein Gesamtleistungswettbewerb durchgeführt worden. Die Projekte inkl. Preis / Leistung sind durch eine versierte Fachjury beurteilt worden. Der obsiegende Totalunternehmer hat den Auftrag erhalten. Er hat auch die Unternehmer bereits im Wettbewerbsverfahren eigenständig miteinbezogen. Dadurch haben wir eine Kostensicherheit. *Frage 4: Nach welchen Kriterien werden die Aufträge für die restlichen drei Bauten erteilt?* Die restlichen drei Doppelkindergärten werden vom gleichen Unternehmer ausgeführt, womit auch ein sehr preiswertes Angebot für alle Kindergärten gemacht werden konnte. Noch eine Bemerkungen zur Anfrage: Der Gemeinderat hat das Verfahren gewählt, um eine hohe Kostensicherheit und einen ausgezeichnetes Preis-/Leistungsverhältnis zu erreichen. Dies ist dem Einwohnerrat auch transparent via Vorlage kommuniziert worden. Der Totalunternehmer (TU) hat dabei die volle Verantwortung und nicht die Bauherrschaft. Der Gemeinderat hat bei der Arbeitsvergabe an Subunternehmer ein Mitspracherecht, welches auch mittels Unternehmerliste wahrgenommen wurde. Die Gemeinde hat sich jedoch gemäss Vertrag bei der Auswahl der Unternehmer sehr zurückhaltend zu verhalten, da keine Mehrkosten übernommen werden, gegenüber dem im Wettbewerb eingereichten TU-Angebot. Eine Berücksichtigung von allenfalls teureren Angeboten wäre gemäss Beschaffungsgesetz BL sowieso gesetzlich eher problematisch. Insgesamt fünf Bauaufträge wurden an Prattler Unternehmen vergeben.

Paul Dalcher: Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass er mit der Praxis von Fixpreisen von Generalunternehmer/Totalunternehmer faktisch die Prattler Unternehmer vom Wettbewerb ausgeschlossen hat? Nicht mal zur Offertstellung sind sie eingeladen worden und das finde ich höchst problematisch. Der Gemeinderat hat mit dieser gewählten Praxis nichts in der Hand.

GR Rolf Wehrli: Diesen Effekt hat der Gesamtleistungswettbewerb natürlich gehabt. Der Gemeinderat ist aber selber auch Unternehmer. Wertschöpfung und Arbeitsplätze sind dem Gemeinderat auch wichtig. Bei vier identischen Gebäuden musste man das aber so wählen. Es wäre einiges teurer geworden, wenn wir vier verschiedene Architekten/Teams genommen hätten, alles auszuschaftern usw. Dies wäre eine immense Aufgabe gewesen und so hat sich dies bei diesen vier Gebäuden aufgedrängt. Kostensicherheit ohne Mehrpreise ist vorhanden und wir nehmen ein schlüsselfertiges Haus entgegen. Darum haben wir diesen Weg gewählt. Der Gemeinderat steht selbstverständlich hinter seinen Unternehmen in Pratteln, das ist kein Thema. Bei diesem Verfahren - eines von den wenigen in Pratteln, wo an TA vergeben wird - hat es sich aber absolut aufgedrängt und bewährt. Insgesamt haben fünf Prattler Unternehmen einen Auftrag erhalten und auch bei den nächsten drei Kindergärten wird dies der Fall sein. Wir sind regelmässig in Kontakt mit KMU Pratteln, haben diese Fragen miteinander erörtert und die KMU Pratteln hat auch die gleichen Antworten erhalten, wie der Rat heute Abend. Im Prattler Anzeiger wurde unter der Rubrik „KMU miteneand“ darüber berichtet. Die KMU haben es zur Kenntnis genommen und die Gemeinde Pratteln sogar gelobt.

Die Frage ist beantwortet.

Die Sitzung wird um 21.10 Uhr beendet.

Pratteln, 8. Oktober 2018

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Das Einwohnerratssekretariat

Hasan Kanber Evelyne Hefti